

Zwischen Bedrägnis und Hoffnung: Kirchliche Solidarität braucht Differenzierung statt Zuspitzung

Beispiel: Christliche Gemeinden in Syrien und der Ukraine

Von Pfarrer Enno Haaks, Generalsekretär des GAW

Die weltpolitische Lage ist derzeit von tiefgreifenden Krisen, Gewaltkonflikten und wachsendem Autoritarismus geprägt. In vielen Regionen geraten Menschenrechte insgesamt unter Druck – darunter auch die Glaubens- und Religionsfreiheit. Die Situation christlicher Gemeinden ist dabei jedoch hochkomplex und unterscheidet sich erheblich von Land zu Land. Pauschale Zuschreibungen oder skandalisierende Darstellungen greifen zu kurz und werden den Lebensrealitäten der Menschen vor Ort nicht gerecht.

Gerade deshalb ist es notwendig, sich dieser Komplexität bewusst auszusetzen, um die jeweiligen Kontexte genau verstehen zu wollen. Nur wer differenziert auf die Lage in den einzelnen Ländern und den Kontexten hinsicht, kann Antworten finden, die den betroffenen Menschen tatsächlich helfen. Kirchliche Solidarität darf sich nicht an vereinfachenden Narrativen orientieren, sondern muss sich an den Erfahrungen, Einschätzungen und Bedürfnissen der Partnerkirchen vor Ort ausrichten.

Dies gilt in besonderer Weise für Syrien und die Ukraine.

Syrien: Wie geht es weiter in der fragilen Lage des Landes?

Christinnen und Christen in Syrien leben auch nach Jahren von Krieg und Zerstörung weiterhin unter äußerst schwierigen Bedingungen. Das zeigen die jüngsten Kämpfe in Aleppo. Das zeigen auch Angriffe auf Kirchen in Syrien, wie z.B. am 22. Juni 2025 auf eine Kirche in Damaskus mit über 20 Toten. Immer wieder folgten Drohungen, kleinere Angriffe und versuchte Anschläge auf Kirchen, die von unterschiedlichen Gruppierungen verantwortet sind.

Wirtschaftliche Not, zerstörte Infrastruktur, fehlende Perspektiven und anhaltende Abwanderung prägen den Alltag vieler Gemeinden. Eine flächendeckende Verfolgung allein aufgrund des christlichen Glaubens steht aber nicht im Vordergrund, wohl aber ein Klima tiefgreifender Unsicherheit. Wie wird es weitergehen in dem Land? Ist Platz für alle Syrer:innen in einem Syrien nach Asad – egal ob es sunnitische oder schiitisch Menschen betrifft, Alawiten, Drusen, Jesiden oder Christen der unterschiedlichen zahlreichen Denominationen?

Grundsätzlich ist Religionsausübung möglich: Gottesdienste finden statt, kirchliches Leben existiert. Zugleich agieren viele Gemeinden vorsichtig und abwartend. Hintergrund ist, dass sich die aktuellen Machthaber teilweise aus radikal-islamistischen Gruppierungen rekrutieren. Auch wenn es vielerorts bislang zu einem pragmatischen Nebeneinander kommt, bleibt unklar, wie sich politische und gesellschaftliche Entwicklungen künftig auf religiöse Minderheiten auswirken werden. Die blutigen Konflikte der letzten Monate zeigen das.

Vor diesem Hintergrund ist den Christinnen und Christen in Syrien am meisten geholfen, wenn sie darin unterstützt werden, weiterhin ein akzeptierter und selbstverständlicher Teil einer mehrheitlich muslimischen Gesellschaft zu sein. Christliches Zeugnis vollzieht sich dabei nicht in einer abgeschlossenen „Gemeindeblase“, sondern im Alltag und im Miteinander mit anderen – in Nachbarschaften, Schulen, sozialen Einrichtungen und am Arbeitsplatz.

Deshalb setzen die Kirchen vor Ort auf Zurückhaltung, Dialog und den Erhalt ihrer sozialen, bildungsbezogenen und diakonischen Arbeit. Investitionen in kirchliche Bildungseinrichtungen und die Stärkung der Kirchen als Institutionen sind dabei zentral. Nur so können sie für die christliche Minderheit innerhalb der syrischen Gesellschaft und gegenüber staatlichen Stellen sprechen, Verantwortung übernehmen und zur Stabilisierung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen.

Wie fragil die Situation ist, beschreibt der evangelisch-armenische Pastor Haroutune Selimian aus Aleppo eindrücklich nach dem Weihnachtsfest 2026:

„Was mit Gebet, Feier und Hoffnung im neuen Jahr zum Weihnachtsfest am 6. Januar begann, ging rasch in Vertreibung und Angst über. Von unserer Seite aus tun wir unser Bestes, der Gemeinschaft nahe zu bleiben, seelsorgerliche Präsenz zu zeigen und Ermutigung zu bieten und weiterhin für Ruhe, den Schutz der Zivilbevölkerung und einen verantwortungsvollen Weg weg von weiterer Eskalation zu beten. Selbst in solchen Momenten versuchen wir, an der Hoffnung festzuhalten und unsere Menschen mit Standhaftigkeit und Glauben zu begleiten.“

Besonders schwer trifft die anhaltende Krise Kinder. Viele Familien sind nicht mehr in der Lage, ihre Kinder ausreichend zu versorgen; Hunger gehört für zahlreiche Mädchen und Jungen zum Alltag. Aus Aleppo berichten Gemeinden, dass viele Kinder nicht täglich genug zu essen bekommen.

Hier setzt konkrete Hilfe an: In der Schule der evangelischen Bethelgemeinde erhalten Schülerinnen und Schüler verlässliche Mahlzeiten. Das GAW-Projekt „Schulessen in Aleppo“ versorgt dort täglich 100 Kinder kostenlos mit gesundem Essen – direkt im schulischen Umfeld. Mit 30 Euro im Monat wird einem Kind nicht nur Nahrung ermöglicht, sondern auch Kraft, Stabilität und ein Stück Hoffnung. Die Schule wird so zu einem Ort der Verlässlichkeit, des Schutzes und der Zukunftsperspektive.

Die Situation in Syrien macht deutlich: Bedrängnis zeigt sich nicht immer in offener Gewalt oder direkter Verfolgung, sondern häufig in einem Leben voller Unsicherheit, Armut und Sorge wie es weitergehen wird.

Ukraine: Kirchliches Leben im Schatten des Krieges

In der Ukraine ist das kirchliche Leben massiv vom anhaltenden Krieg geprägt. Evangelische Christinnen und Christen können ihren Glauben grundsätzlich frei ausüben, Gottesdienste feiern, Gemeinden führen und öffentlich sichtbar sein. Gleichzeitig bestimmen Luftalarme, Zerstörung, Flucht und Trauer den Alltag vieler Menschen und erschweren ihn. Lebten nach dem Zusammenbruch der UDSSR 53 Millionen Menschen im Land, so sind es aktuell nur noch 32 Millionen. Es gibt 5 Millionen Binnenvertriebene und 5,8 Millionen registrierte Geflüchtete in Europa.

Kirchen sind vielerorts zu Orten der Zuflucht, der Seelsorge und der humanitären Hilfe geworden. In umkämpften oder besetzten Gebieten kommt es jedoch zu erheblichen Einschränkungen, teils auch zu Repressionen. Die Belastungen für Gemeinden und kirchliche Mitarbeitende ist enorm.

Die lutherische Kirche (DELKU) ist kleiner geworden. 27 Gemeinden werden aktuell von 8 Pfarrern betreut. Bischof Pavlo Shvartz aus Charkiw steht der Kirche vor. 900 Menschen besuchen regelmäßig die Gottesdienste. Auf der Krim gab es mal sieben Gemeinden. Vier davon haben ihre Arbeit eingestellt. Drei gab es in den besetzten Gebieten im Donbas. Nur die Gemeinde in Berdjansk hat überlebt. Inzwischen kümmert sich die Lutherische Kirche in Russland um sie, um das Gebäude zu sichern und den Menschen einen Ort zu geben mitten in der Besatzungszeit. Aber die Gemeinde muss sehr vorsichtig agieren und die Menschen trauen sich nicht, sich öffentlich zu äußern aus Angst vor den Besatzern.

Bedrängnis für Christen in der Ukraine heißt, Teil der bedrückenden Situation des Landes zu sein, das brutal von Russland überfallen wurde. Mitten im Krieg ist die lutherische Kirche aber da und leistet eine sehr wichtige Arbeit, um den Menschen Raum zu geben, Trost zu spenden und Hilfe zu organisieren.

„Wir brauchen Besuche aus dem Ausland, um die Situation bei uns zu verstehen. Besucht uns! Betet für uns! Vergesst uns nicht! Wir lernen so gemeinsam, Kirche zu sein,“ sagt Pfarrer Alexander Gross aus Odessa. „Das hilft uns in aller Bedrängnis!“

Einladung zur Nüchternheit und zum Differenzieren

Die Beispiele Syrien und Ukraine machen deutlich: Bedrängnis von Christinnen und Christen hat viele Gesichter. Sie reicht von existenzieller Unsicherheit über politische und rechtliche Einschränkungen bis hin zu den indirekten Folgen von Krieg, Gewalt und Staatszerfall. Nicht jede schwierige Lage lässt sich mit einem einheitlichen Begriff beschreiben.

Kirchliche Solidarität bedeutet deshalb vor allem: genau hinzuhören, differenziert zu urteilen und die Stimmen der Partnerkirchen ernst zu nehmen. Alarmistische Zusätzungen mögen Aufmerksamkeit erzeugen, helfen den Menschen vor Ort jedoch selten. Gefragt sind stattdessen Sachlichkeit, Fürbitte, langfristige Partnerschaften und gezielte Unterstützung – damit christliche Gemeinden auch unter schwierigen Bedingungen ihren Platz in der Gesellschaft behalten und Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen können.

Anmerkung:

Für Hintergrundinformationen hilfreich ist dieses Interview mit Katja Buck:

<https://www.elk-wue.de/news/2023/18072023-3-oekumenischer-bericht-zur-religionsfreiheit>